

Hans-Ulrich Thamer

Wissenschaftlicher Fortschritt und gesellschaftliche Bindung. Zur hundertjährigen Geschichte eines naturwissenschaftlich- medizinischen Forschungsinstituts.

Festvortrag aus Anlass des hundertjährigen Bestehens des Max-Planck-Instituts für molekulare Physiologie in Dortmund am 24. Mai 2013.

Jubiläumsfeiern sind Anlass zum historischen Rückblick und zur Standortbestimmung. Sie sind Wegmarken in der Erinnerungskultur einer Institution und zugleich Medium der Selbstreflexion, die die Forschung schon immer begleitet hat. Dieses Nachdenken über sich selbst kann sich auf die wissenschaftliche Theorie und Praxis der eigenen Disziplin, auf den kontinuierlichen, aber mitunter auch verschlungenen Weg zum Erkenntnisfortschritt beziehen, aber auch auf die gesellschaftliche Bindung und Verantwortung von Wissenschaft.

Das Erwerben und die Anwendung von Wissen sind für alle menschlichen Gesellschaften von Bedeutung; für die Moderne und damit auch für unsere Gegenwart freilich ist Wissen zur Grundlage des individuellen, sozialen und wirtschaftlichen Handelns und Lebens geworden. Das Wissen wurde zur Grundlage für die Gesellschaft. Seit der Aufklärung können überlieferte Wissensbestände grundsätzlich in Frage gestellt werden, wird das Vertrauen auf die Vernunft zum handlungsleitenden Prinzip und damit auch zur Grundlage der Wissenschaft und der wissenschaftlichen Erkenntnis. Dazu gehört letztlich auch die Autonomie wissenschaftlicher Praxis. Spätestens seit dem Ende des 19. Jahrhunderts griffen überdies wirtschaftliche Großunternehmen immer stärker auf die Einsichten von Wissenschaften zurück, konnte die Wissenschaften umgekehrt ihre neuen Aufgaben und Herausforderun-

gen nur durch wissenschaftliche Verbände und durch die Unterstützung von Großunternehmen lösen. Das führte dazu, dass mit der Ausdifferenzierung immer neuer funktionaler Teilsysteme zugleich die Verschränkung dieser Systeme zunahm. Gerade die wissenschaftliche Großforschung, deren institutionelle Begründung vor hundert Jahren ihren Ausgang nahm und deren Geschichte und deren Leistung wir heute ins Gedächtnis rufen, hat sehr früh Beispiele für die Verflechtung der drei gesellschaftlichen Teilsysteme Staat, Wissenschaft und Wirtschaft gebracht und darin liegt eines ihrer Spezifika.

Das sind jedoch nur einige Faktoren, die zu dem Phänomen der modernen Wissensgesellschaft gehören. Denn wir dürfen nicht übersehen, dass zu dem Versprechen und der Erwartung von wachsender Rationalität, das unsere Idee von der Wissensgesellschaft zweifelsohne beflügelt, auch das Wissen um die Untiefen des Irrationalen, des Irrtums, des Scheiterns und der (Selbst-)Gefährdung gehören muss. Darum können wir auch nicht darauf verzichten, über die Strukturen und Mechanismen unserer Wissenssysteme immer wieder nachzudenken, ihre Chancen und Wirkungen zu prüfen. Anschauungshilfen kann dabei auch der historische Rückblick bieten. Die Geschichte des 20. Jahrhunderts, das man mit guten Gründen das Jahrhundert der Extreme nennt, bietet genügend Anstöße und Herausforderungen, um über die Ambivalenzen des Fortschritts, über die Irrwege im Namen von Wissenschaft und Fortschritt und über die Instrumentalisierung von Wissenschaft nachzudenken.

Es waren sehr dynamische und innovative, aber auch sehr widersprüchliche Jahre am Vorabend des Ersten Weltkrieges, als – um endlich zum Thema zu kommen- die ersten Kaiser-Wilhelm-Institute ihren institutionellen Ausgang nahmen. Neben die beherrschende Grundstimmung eines Wissenschafts- und Technikoptimismus sowie eines weit verbreiteten Bellizismus, der die politische Kultur und auch die Wissenschaftler mehr und mehr bestimmte,

traten erste Symptome eines Kulturpessimismus und einer Zivilisationsangst sowie die Suche nach alternativen Lebensentwürfen, die sich nach der Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts, dem Ersten Weltkrieg, verstärken sollten. Zivilisationskritik und Fortschrittsoptimismus sind seither zwei Seiten einer Medaille und gehören beide zur Ambivalenz der Moderne. Die wachsende Individualisierung und Pluralisierung der Lebensformen, die bis in die Gegenwart anhalten und sich noch beschleunigen, korrelieren zudem mit einer wachsenden öffentlichen Erwartung an den Staat auf eine umfassend Daseinsvorsorge und auf neue soziale und kultur- bzw. wissenschaftsfördernde Leistungen des Interventionsstaates und von Großverbänden.

Die Konzentration wirtschaftlicher Großunternehmungen und die neuen Herausforderungen sozialer Daseinsvorsorge einer Massengesellschaft verliefen parallel zu der Entstehung wissenschaftlicher Großforschung, an der Unternehmen und der Staat mit seinen zivilen und militärischen Interessen und Institutionen fördernd mitwirkten. Mit den Kaiser- Wilhelm-Instituten entstanden neue Verflechtungen, die dem bisherigen Verständnis von Staat und Wirtschaft unbekannt waren. Sie kündigten die Ambiguität und Janusgestalt von moderner Wissenschaft und Gesellschaft an.

Die neuen Verflechtungen bezogen sich nicht nur auf das Verhältnis von Wissenschaft und Wirtschaft bzw. von Wissenschaft, Staat und Militär, sondern auch auf das Verhältnis von Wissenschaft zu den allgemeinen Umfeldbedingungen, zu den intellektuellen-kulturellen wie zu regionalen und sozialen Entwicklungen und Möglichkeiten. Diese standen in einem vielfältigen und wechselseitigen Verhältnis der Nutzung und Mobilisierung zueinander und wurden in einem permanenten Verhältnis des Aushandelns und des Interessenverbundes ausgetragen und justiert. Der Wissenschaftshistoriker Mitchell Ash hat das Verhältnis von wissenschaftlichen Instituten und wissenschaftlicher Forschung zu Staat, Wirtschaft und Gesellschaft mit dem Begriff der „gegenseitigen Ressourcenmobilisierung für einander“ beschrie-

ben. Die wissenschaftliche Kompetenz der Institute wurde, und das gilt für die erste Phase im späten Kaiserreichs wie für die Weimarer Republik, von der Industrie, dem Staat und seinen Militärs nachgefragt; die Forschungseinrichtungen selbst boten dafür ihre Ressource der wissenschaftlichen Erfahrung und Leistung. Staat, Regionen und Kommunen, Militär und Industrie finanzierten umgekehrt die Institute oder schufen ihnen günstige materielle und politische Bedingungen bzw. Protektion. Wirtschaftsbürger, teilweise jüdischer Herkunft, erhofften sich von ihren mäzenatischen Großtaten höchste soziale und kulturelle Ehrungen und Anerkennung. In der Geschichte des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Arbeitsphysiologie kommt die Bedeutung der regionalen Potentiale mit dem Umzug des Instituts in das Ruhrgebiet und mit der Gründung einer Außenstelle an der Universität Münster, wo auch das VII. Armeekorps der Reichswehr seinen Standort hatte, in besonderer Weise zusätzlich zum Tragen. Die Industrienähe und das mäzenatische und wissenschaftspolitische Engagement bedeutender Industriemanager wie Albert Vögler, der Gründer und Vorstand der mächtigen Vereinigten Stahlwerke war, entschieden über den Standort und auch über die weitere Entwicklung des Instituts.

Zu welchen Bedingungen und Handlungsmöglichkeiten die Ressourcen im jeweiligen Fall zur Verfügung gestellt bzw. genutzt wurden, hing auch von den spezifischen politischen Konstellationen und Verfassungen, also von der historischen Entwicklung ab. Doch nicht allein die verfassungspolitischen Wechsellagen zwischen Demokratie und Diktatur sowie die jeweiligen wissenschaftspolitischen Bedingungen entscheiden über den Einsatz der Ressourcen, sondern auch die jeweils bestimmenden gesellschaftlichen Mentalitäten und Normen sowie die wissenschaftlich-experimentellen Pfadentwicklungen und Möglichkeiten, die sich unabhängig von politischen Systembrüchen und Erwartungen, aber auch in einer gewissen Korrelation zu diesen entfalten bzw. gefördert werden können. Das Erklärungsmodell von Mitchell Ash nimmt die Eigenlogik und Selbstdefinition wie auch die Autonomie der

Wissenschaft bzw. die Behauptung ihrer methodischen Standards ernst und bietet die Möglichkeit zur Unterscheidung zwischen allgemeinen, transnationalen, systemübergreifenden wissenschaftlich-kulturellen Prozessen und wissenschaftspolitisch bzw. allgemeinpolitisch besonderen, nationalen Bedingungen.

Das ist besonders wichtig, wenn es um die wissenschaftshistorische Einordnung der universitären wie der außeruniversitären Forschung in der Zeit des Nationalsozialismus geht, die in der Institutsgeschichte nach der Gründung im späten Kaiserreich und dem Umzug nach Dortmund zur Ausbildung einer dritten Phase führte. Nach wie vor bleibt die Frage nach dem Verhalten der Wissenschaften bzw. Wissenschaftler zum Nationalsozialismus eine der kritischen Fragen der Wissenschaftsgeschichte, auch wenn diese dunkle Phase deutscher Geschichte einschließlich ihrer Nachgeschichte gemessen am Gesamtzeitraum nur einen kurzen Abschnitt einnimmt; auch wenn sich die Entwicklungen und Verhaltensformen davor und danach sehr viel eindeutiger im wissenschaftstheoretisch und –ethisch konformen, internationalen mainstream bewegten und sich offener und pluralistischer darstellten; auch wenn der Nationalsozialismus weniger als Filter definiert wird, durch den alle historisch-politischen Entwicklungen und Urteile „hindurch“ müssen, wie man das noch im Historikerstreit in den 1980er Jahren formulierte, sondern eher als dramatisches und erschreckendes Beispiel dafür, wie dicht beieinander wissenschaftlicher Fortschritt und Barbarei liegen können, wie sich rasch moralische und rechtliche Entgrenzungen einstellen können, die wissenschaftliche Erkenntnis in einen Zusammenhang mit der Verletzung oder der völligen Missachtung von Geboten der Menschlichkeit und des Rechts rücken. Darum sollten dickleibige wissenschaftsgeschichtliche Untersuchungen zur Geschichte eines Instituts auch nicht nur als Produkt eines Spezialistentums oder politisch korrekter Selbstdarstellung betrachtet werden, son-

dern als Exemplum für die Vielfalt, Widersprüche und auch Abgründe menschlichen Verhaltens in der Moderne.

Zu der Eigenlogik und Beharrungskraft der Ressource Wissenschaft gehören neben dem verbreiteten Phänomen der Selbstmobilisierung ebenso die Behauptung wissenschaftlicher Standards und Leistungsbezogenheit wie ein auf die Beibehaltung des Überkommenen beruhendes Trägheitsmoment, das sich in Zeiten einer Diktatur dahingehend auswirken konnte, dass manche überangepasste systemkonforme Strategie abgefedert wurde. Das gilt freilich nicht für die Personalpolitik in der politischen Diktatur, in der es die schärfsten, vom NS-Regime und seinen Parteigängern herbeigeführten Einschnitte gab. Weder im universitären noch im außeruniversitären Bereich lässt sich eine ernsthafte Empörung über die Ausgrenzung, Entlassung und Vertreibung jüdischer Wissenschaftler und Mitarbeiter erkennen. Im Dortmunder Kaiser- Wilhelm-Institut für Arbeitsphysiologie wurden zum 1. August 1933 zwei jüdische Wissenschaftler und eine Laborantin aus rassenideologischen Gründen entlassen.

Da Sie vermutlich von einem Historiker etwas mehr an Konkretisierung und Exemplifizierung erwarten, will ich mich abschließend mit dem vielfach diskutierten Beispiel der Kraut-Aktion beschäftigen. Daran kann die erwähnte Verschränkung der Ressourcen gut beobachtet werden. Das Beispiel verdeutlicht, was im breiten Spektrum wissenschaftlicher Forschung und Machbarkeitserwartungen sowie eines sich schon vorher abzeichnenden forschungsstrategischen Paradigmenwechsels möglich sein kann, wenn ein diktatorisches und extrem gewalttätiges Unrechtsregime – zudem noch unter den Bedingungen eines totalen Krieges, der zu besonderen Loyalitäten zwingt - zu Grenzüberschreitungen auffordert und diese fördert. Dabei verliefen institutsinterne und personengebundene arbeits- bzw. ernährungsphysiologische Entwicklungslinien zunächst völlig unabhängig von der Politik, schließlich verbanden sie sich immer mehr – auch zum Nutzen des Instituts – mit den kriegswirtschaftlichen Konstellationen und Interessen, bis schließ-

lich nach mehreren Etappen der Eskalation Maßnahmen der Kriegs- und Arbeitspolitik des Regimes und Eigeninitiativen des Instituts immer mehr miteinander verflochten waren und in den menschenrechtsverletzenden Großversuch von 1944/45 mündeten.

War der Großversuch, bei dem das Verhältnis von Kalorienzahl der Verpflegung und Leistungsfähigkeit von Arbeitern getestet werden sollte, aus der Perspektive der institutsinternen Forschungen zur energetischen Normierung zunächst ein logischer Schritt, den Heinrich Kraut schon 1935 vor dem Hintergrund der Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise eingeschlagen hatte und der nun allerdings unter den Bedingungen der Kriegswirtschaft die Unterstützung und Verlängerung einer menschenrechtswidrigen Zwangsarbeitspolitik bedeutete, so führten die Umstände der Versuche, vor allem die Auswahl und die überdurchschnittlich und sachlich unnötig gesteigerte Zahl der „Probanden“ die wissenschaftliche Arbeit immer tiefer in die Verstrickungen mit der weltanschauungspolitisch ausgerichteten und rücksichtslosen Zwangsarbeiterpolitik des NS-Regimes. Die Steigerung der Zahl der Probanden, die nicht freiwillig an dem Versuch teilnahmen, um den Faktor 140 machte wissenschaftlich keinen Sinn mehr, hing aber mit den politischen Bedingungen des Regimes zusammen. Welche Einflussmöglichkeiten und Absichten das Institut mit dieser Anlage des Versuchs hatte, bleibt ungeklärt. Immerhin verstieß dieser gegen die „Richtlinien für neuartige Heilbehandlung und für die Vornahme wissenschaftlicher Versuche am Menschen“, der schon 1931 allen Forschenden auferlegt werden sollte, aber von vermeintlichen Kollektivinteressen wie denen der Nation oder der Volksgemeinschaft, längst verdrängt und vergessen worden war.

Im Kontext der Weltanschauungspolitik des Regimes, d.h. von Zwangsmaßnahmen, die auf rassenideologischer Grundlage eine extreme Ungleichbehandlung von Arbeitskräften zur Folge hatte, bedeutete der Großversuch eine primär von ökonomischen Zwecken, auf die Ausbeutung der Sklavenarbeiter und ihren Einsatz in der Kriegswirtschaft zielende Strategie. Vor dem

Hintergrund der seit 1942 immer knapper werdenden Ressource Arbeitskraft wurde der Einsatz ausländischer Zwangsarbeiter für die Aufrechterhaltung der nationalsozialistischen Kriegswirtschaft von immer größerer Bedeutung. Sicherlich bedeutete für die sowjetischen und italienischen Kriegsgefangenen, die seit 1943 zur Industriearbeit gezwungen wurden, die Teilnahme am Großversuch möglicherweise ein Überleben des Repressionsystems, zumindest vorübergehend. Damit erreichte aber das wissenschaftliche Bemühen um eine leistungsorientierte Funktionalität und Rationierung von Arbeit am Ende eine Dimension, die das Schicksal der Probanden in die Nähe eines Umgangs mit Arbeitskräften rückte, deren Einsatz ausschließlich nach rassistischen Kriterien und Ausbeutungskriterien gelenkt wurde. Forschungsentwicklung und Herrschaftsinteressen des Regimes erwiesen sich unter den Bedingungen der Kriegswirtschaft als „Ressourcen füreinander“, in der schließlich allein die angeblichen Interessen der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft und die Durchhalteinteressen des Regimes die Oberhand besaßen.

Auch wenn das Kriegsende und der Zusammenbruch des Regimes für das Institut und seine Forschungsaktivitäten zunächst keine gravierende strukturelle Zäsur, mit Ausnahme der temporären Auslagerung nach Bad Ems, bedeuteten, sollten sich mittelfristig die Koordinaten in dem Dreieck der Ressourcenallokation deutlich verschieben und zu jener Normalkonstellation der Autonomie der einzelnen Institutionen zurückkehren, die in einem Rechtsstaat und in einer offenen Gesellschaft üblich sind. Das erlaubte die Gründung und Anpassung neuer Forschungsfelder an die wirtschaftliche, wissenschaftliche und internationale politische Entwicklung in einem freien Spiel politischer Entwicklung in einem freien Spiel der Kräfte und des permanenten Aushandelns; das erlaubte auch die Innovationsfähigkeit des Instituts und sicherte ihm über alle Herausforderungen und Veränderungen der Forschungsparadigmen in der langen Nachkriegszeit hinweg seine Existenz. Nur

darum können wir uns heute zu diesem Festakt versammeln, mit dem das Institut seinen Platz in der wissenschaftlichen Landschaft darstellt.